

Die Klimakatastrophe lässt sich nur mit einer Nullemissionsstrategie abwenden

Ein Strategiepapier aus der Bundestagsfraktion von Bündnis '90/Die Grünen

HANS-JOSEF FELL, SYLVIA KOTTING-UHL, UTE KOCZY U.A.

Der Klimawandel wird wissenschaftlich nicht mehr bestritten. Egal, welche wissenschaftliche Veröffentlichung der letzten zwölf Monate herangezogen wird, der Befund ist bei allen Klimaforschern weltweit derselbe: Der Ausstoß an klimaschädlichen Gasen, an allererster Stelle von Kohlendioxid, hat zu einer Anreicherung der Atmosphäre mit Teilchen geführt, die verhindern, dass die Erde ihr Wärme so abstrahlen kann wie in der Vergangenheit. Das Ergebnis dieses Prozesses ist der Treibhauseffekt, der beschreibt, dass sich die durchschnittliche Temperatur auf der gesamten Erde erhöht, mit Konsequenzen für das Klima, das Wetter und damit auf sämtliche Ökosysteme der Welt.

War es bis vor 20, 30 Jahren tatsächlich noch möglich, Ökologie-Politik in verschiedene Sparten wie Artenschutz, Landschaftsschutz oder klassischen Naturschutz aufzuteilen, so ist dies mittlerweile überholt. Denn Klimawandel und Ausbreitung der menschlichen Zivilisation sorgen für einen radikalen Artenschwund. Wer den Erhalt der Artenvielfalt will, muss dafür sorgen, dass die Ökosysteme, in denen die bedrohten Arten leben, erhalten bleiben. Allein der Klimawandel macht das inzwischen fast unmöglich. Denn die Rahmenbedingungen vom Niederschlag über die Durchschnittstemperatur bis hin zum Nahrungsangebot lassen sich nicht mit einer behütenden Politik vor Ort sicherstellen. Selbst wenn diese noch so gut und effektiv ist, kann sie den Artenschwund nicht verhindern, weil sich das Klima verändert. Das gleiche gilt für den Landschaftsschutz. Der zu erwartende Wandel von

heftigen Niederschlags- und langen Trockenheitsperioden auch in Regionen mit bislang gemäßigten klimatischen Bedingungen, wie Deutschland, machen eine ganz andere Betrachtung der Themen Flussregulierung oder Grundwassermanagement nötig. Und wer angesichts des weltweiten Gletscherschwundes sowie des Rückgangs des Eises in Grönland und Antarktis in den nächsten Jahrzehnten an den möglichen Anstieg des Meeresspiegels um über einen Meter denkt, hat es mit Landschaftsschutz in einer Form zu tun, der politisch noch nie durchdekliniert wurde. Die Klimaszenarien sagen uns voraus, dass es Gebiete wie den Spreewald in wenigen Jahrzehnten so nicht mehr geben wird, weil monatelang das Wasser fehlt. Sie sagen uns auch voraus, dass der derzeitige Baumbestand vieler Mittelgebirge in Deutschland den Stress durch den Klimawandel nicht überleben wird. Und sollte der Golfstrom sich abschwächen oder gar zum Erliegen kommen, wovor sogar das amerikanische Verteidigungsministerium (Pentagon) bereits eindringlich warnte, dann müssen wir wohl über weite Teile von Nord-, West- und Mitteleuropa Absiedlungen organisieren, weil dann z.B. England und Skandinavien sibirische Klimaverhältnisse bekommen.

Dabei tragen die Länder des Südens das Hauptrisiko. Der Klimawandel trifft gerade die Länder am härtesten, die am wenigsten zu den globalen Treibhausgasemissionen beitragen. 1,6 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu Elektrizität. Gleichzeitig haben die Bekämpfung von Armut und die Reduzierung von Hunger immer auch etwas mit dem Zugang zu nachhaltigen Energiequellen zu tun. Diese Zusammenhänge müssen beim Kampf

gegen die Klimakatastrophe mit berücksichtigt werden. Vor allem mit Blick auf Länder, die Rohstoffreserven ihr eigen nennen und die zum großen Teil nicht dafür sorgen, dass der Zerstörung der Lebensgrundlage durch auslaufendes Öl oder durch jahrzehntelange Abfackelung von Gas Einhalt geboten wird.

Die alten Industrieländer als historische Verursacher des Klimawandels müssen Schwellenländer wie Indien, China, Russland unterstützen, die viel zu ressourcenintensive Entwicklungsetappe, auf der sich auch Deutschland immer noch befindet, zu überspringen. Nur so wahren wir aller Voraussicht nach die Chance, einen galoppierenden Klimawandel abzuwenden. Und nur so verlieren die wirtschaftlich ärmsten Staaten auf absehbare Zeit nicht vollständig die Chance auf Entwicklung.

Klassischer Natur- und Umweltschutz haben an Bedeutung nicht verloren und sind weiterhin notwendig. Doch ohne Stopp der Klimaveränderung werden sie zunehmend wirkungslos. Das Ausweisen von Nationalparks und Naturschutzgebieten muss natürlich weitergehen. Doch der Zweck wird sich radikal ändern. In naturbelassenen Gebieten bekommen wir lediglich eine Chance zu beobachten, wie sich der Klimawandel in Flora und Fauna niederschlägt. Aber der klassische Naturschutz bietet uns keine Gewähr mehr, dass wir bedrohten Arten wichtige Rückzugsräume erhalten. Denn wir können nicht wissen, sondern nur beobachten, wie sich Flora und Fauna im Klimawandel anpassen und verändern. Sicher ist schon jetzt, dass hunderttausende Arten wegen des Klimawandels keine Überlebenschance mehr haben. Täglich sterben einhundert Arten aus. Dabei löst der Klimawandel die direkte Naturzerstörung von Menschenhand als wichtigste Ursache mittlerweile ab.

Dieser kurze Befund zeigt die zentrale Aufgabe jeder ökologischen Politik auf: Wie bekommen wir den Klimawandel in den Griff?

Diese Frage ist im Rahmen einer Güterabwägung die zentrale Umweltfrage, die allen anderen klassi-

schen Umweltfragen übergeordnet ist. Denn Klimaschutzpolitik ist die Voraussetzung für Artenschutz, für Landschaftsschutz und klassischen Naturschutz. Nur mit einer auch global ausgerichteten Klimaschutzpolitik können wir dafür sorgen, dass die politischen, ökonomischen und sozialen Ressourcen so eingesetzt werden, dass auch in fünfzig Jahren noch Leben auf der Erde gut möglich ist.

Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre liegt mittlerweile bei über 380 ppm. Sie ist damit so hoch wie noch nie in der letzten Million von Jahren. Zu keinem Zeitpunkt vor der industriellen Revolution war das CO₂-Niveau höher als 300 ppm. Und die aktuelle hohe CO₂-Konzentration in der Atmosphäre wird ihre erwärmende Wirkung erst in Jahrzehnten vollständig entfalten. Dies bedeutet, dass wir selbst bei sofortigem Stopp aller Klimagasemissionen mit weiter wachsender Welterwärmung rechnen müssten. Doch die Welt beschleunigt sogar noch die Klimagasemissionen, statt sie zu reduzieren, geschweige denn, sie zu stoppen - und dies, obwohl doch schon die heutige Welterwärmung um 0,8° Celsius bereits verheerende Auswirkungen verursacht, wie zunehmend stärkere Hurrikans, Starkregenfälle, Hitzeperioden und Wüstenausbreitung. Unser heutiges Handeln beeinflusst und verändert das Klima auch in 30 bis 50 Jahren noch. Diese enorme Dauer erschwert die politische Diskussion so sehr. Zwar erlebt inzwischen jeder den Klimawandel, zwar ist in einer breiten Öffentlichkeit bekannt, dass das eigene Verhalten mit dem Klimawandel in direktem Zusammenhang steht, doch das Problem ist so groß, dass es auch sehr gern verdrängt wird.

Eine Partei wie die Grünen, die sich politisch zuvorderst der Ökologie annimmt, muss angesichts des gigantischen Problems konsequente Schritte zu seiner Lösung fordern und in Koalitionen auch durchsetzen. Unsere Glaubwürdigkeit und unsere Verantwortung für kommende Generationen erfordert, dass wir dieses aktuell größte Problem der Menschheit mit konsequenten und tauglichen Schritten angehen. Zwischenschritte sind vielleicht

unvermeidliche Kompromisse, aber sie dürfen nicht als vermeintlich realistische Alternative zu einer wirksamen Politik für eine Energiewende herhalten.

Die entscheidende Lösung ist eine Politik, die sämtliche energiepolitischen Schritte nur noch an der Entwicklung der Erneuerbaren Energien ausrichtet, die das Problem schon an den Wurzeln anpackt und dabei von den Bürgerinnen und Bürgern verstanden und unterstützt wird.

Neue Lösungen gehen die Wurzel des Problems an

Die meisten umweltpolitischen Papiere beschreiben die Klimaveränderung in ihren schlimmen Auswirkungen. In der Analyse also gibt es kaum Differenzen. Aber wenn es um die Lösungsansätze geht, greifen viele politische Papiere noch zu kurz. Natürlich wäre es gut, wenn die bisherigen Vorschläge in der Energie- und Umweltpolitik endlich umgesetzt würden. Hier hinken große Teile der Gesellschaft und die anderen Parteien noch weit hinterher. Doch das darf nicht genügen. Wir müssen die Probleme an der Wurzel packen, also radikal im Wortsinne sein.

Da viele Umweltprobleme weitgehend mit der Klimazerstörung zusammenhängen, müssen wir die Klimafrage schnellstmöglich politisch lösen. Ca. 80% aller Klimagasemissionen werden durch das fossile Energiesystem, also die Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas verursacht. Deshalb sind die Erneuerbaren Energien der alles entscheidende Ansatz. Ihre Nutzung ist weitgehend emissionsfrei oder klimaneutral, wie die energetische Nutzung von Pflanzen, wenn sie nachhaltig angebaut werden. Auf Erneuerbare Energien zu setzen, heißt eine Nullemissionspolitik voranzubringen. Nullemission sollte der konsequente Ansatz auch für die anderen Umweltprobleme sein. Auch umweltpolitische Probleme wie der Feinstaub werden am besten bekämpft, wenn verhindert wird, dass Feinstaub überhaupt entsteht. Darauf müssen wir uns

konzentrieren und nicht auf eine Filterpolitik, die den Schadstoff nach seiner Produktion versucht, in den Griff zu bekommen. Auch in der Kunststoffchemie sind kompostierbare Biokunststoffe Nährstoffe und kein Abfallproblem. Zugleich befreien uns Kunststoffe aus nachwachsenden Rohstoffen von den Klimagasen der Petrochemie und können eine giftige Chlorchemie ersetzen.

Wie falsch eine isolierte Filter- und Katalysatorpolitik sein kann, sieht man am Beispiel der Entschwefelung von Kohlekraftwerken. Mit der Herausnahme von Schwefel aus den Rauchgasen ist zwar das Schwefelproblem - und damit der saure Regen - gelöst worden, aber nicht das CO₂-Problem. Andererseits hat die Entschwefelung der Kraftwerke zu einer teilweisen Legitimation der Kohle sogar aus Umweltsicht geführt. Denn auf einmal fehlte das Argument, dass sie Dreckschleudern sind. Aber schon in den 80er Jahren wäre es besser gewesen, voll auf Erneuerbare Energien, statt auf die Entschwefelung zu setzen. Windräder emittieren eben keinen Schwefel und auch kein CO₂. Nullemissionstechnologien sind in der Regel ein ganzheitlicher Lösungsansatz. Auch deshalb müssen wir Grüne diesen Ansatz wählen.

Dies heißt natürlich nicht, dass Filterpolitik gänzlich überflüssig wäre. Auch Biobrennstoffe benötigen optimale Rauchgasreinigung, damit eben nicht klassische Schadstoffe wieder zunehmen, wenn zur Lösung des CO₂-Problems Bioenergien verwendet werden. Auch zeigen die Bioenergien, dass Umweltpolitik natürlich über Nullemissionspolitik hinausgehen muss. Der Anbau von Pflanzen ist für Energiebereitstellung, Chemierohstoffe und Nahrungsmittel unverzichtbar. Daher muss jegliche Nutzung von Pflanzen nachhaltig und sozial gerecht stattfinden. Nur so können unsere Versorgung und der soziale Frieden für lange Zeit gesichert werden. Ein Abholzen tropischer Wälder für (Gen-)Soja oder Palmöl darf es nicht geben. Vielmehr braucht es verstärkte Anstrengungen zum Urwaldschutz. Auch ist es wichtig, die vielen Synergie-Möglichkeiten von Bioenergieanbau und Lebensmittelproduktion zu verwirklichen, damit

Bioenergien nicht zur Konkurrenz für Lebensmittelherzeugung werden. Nur dann werden Bioenergien ihre klimaneutrale Wirkung nachhaltig entfalten.

Neue Lösungen müssen sich an den Naturgesetzen orientieren

Eine ehrliche Politik muss sich immer daran orientieren, was notwendig ist, um ein Problem zu lösen. Das heißt für die Bekämpfung des Klimawandels, dass sämtliche Maßnahmen zunächst danach bewertet werden müssen, ob sie tatsächlich zur Lösung beitragen oder nicht. Erst wenn diese Frage klar beantwortet wurde, müssen wir uns fragen, wie wir die Gesellschaft davon überzeugen, eine solche grüne Politik mitzutragen. Die Gesetze der Natur sind unerbittlich, sie richten sich nicht nach der Kompromissfähigkeit der deutschen Gesellschaft und der internationalen Staatengemeinschaft. Wenn wir jetzt nicht die zwingend erforderlichen wirksamen Lösungsschritte angehen, wird die Macht des Faktischen der Klimaveränderung uns alle überrollen – und damit auch die demokratische Steuerungsfähigkeit einer von Flutkatastrophen, Wirbelstürmen, Dürreperioden und überfluteten Nord- und Ostseeregionen veränderten Welt.

Wir Grüne wissen um die Wirkungen von Beschlüssen die radikal klingen, aber kaum zu vermitteln sind. Aus diesen Erfahrungen mussten wir lernen, unsere Strategien auch gesellschaftlich durchsetzungsfähig zu machen. Doch die notwendigen Lösungen in der Klimafrage sind anderer Qualität. So wurde der Magdeburger Beschluss für 5,- DM für den Liter Benzin falsch interpretiert, weil er als Botschaft des Verzichts aufs Autofahren wahrgenommen wurde und damit Wohlstandsängste weckte. Erneuerbare Energien senden hingegen Signale von Wohlstandsgewinn und langfristig bezahlbarer Mobilitätsbedürfnisse aus. Wir fordern und befördern den Bau emissionsfreier Autos. Wir verfolgen die Strategie, sowohl den öffentlichen Personennah- und -fernverkehr als auch den Indivi-

dualverkehr zu bezahlbaren Kosten und emissionsfrei zu ermöglichen.

Nullemissionen statt Emissionsverminderungen

Da heute schon die Atmosphäre mit CO₂ und anderen Klimagasen überlastet ist, müssen konsequenterweise alle Klimagas-Emissionen gestoppt werden. Nicht Emissionsreduktion à la Kyoto hilft der Welt, sondern die Beendigung der Emissionen. Es geht um eine Umkehrung des jetzigen Prozesses. Es gilt sogar, den Kohlenstoff aus der Atmosphäre wieder herauszuholen und zu binden. Diese Umkehrung ist gleichbedeutend mit der Beendigung des Verbrennens von Erdöl, Erdgas und Kohle. Das klingt nach einer radikalen Forderung. Doch es ist die einzige Forderung, die das Problem an der Wurzel packt, ohne völligem Verzicht das Wort zu reden. Der Ersatz für Erdöl, Erdgas und Kohle sind Energien aus Sonne, Wind, Wasser, Pflanzen, Erdwärme und Ozeanen; Atomenergie ist aus Gründen der geringen Uran-Ressourcenreichweite und der vielfältigen mit Radioaktivität verbundenen Probleme keine Lösung. Der Umstieg auf emissionsfreie, beziehungsweise emissionsneutrale Energieformen ist machbar, bezahlbar und er führt nicht zum Verzicht, wenn zugleich die Energieeinsparung eine wichtige Rolle spielt. Energieeinsparung kann den Umstieg wesentlich erleichtern und beschleunigen. Wir müssen auch damit umgehen, dass die Vertreter der alten Energieformen in die Offensive gehen und z.B. parallel zum Neubau von gewöhnlichen Kohlekraftwerken eine so genannte „Clean Coal Vision“ wirksam in der Öffentlichkeit unterbringen.

Wir sind aus einer Reihe von Gründen sehr skeptisch bezüglich der CO₂-Abscheidung bei fossilen Kraftwerken. So gibt es zum einen große Fragezeichen bezüglich der Risiken der Lagerung des abgeschiedenen CO₂ und zum anderen eine stark sinkende Effizienz der Kraftwerke und immens hohe Kosten, die eine breite Anwendung unwahrscheinlich erscheinen lassen. Aber wir wollen es den Kraftwerksbauern auch nicht durchgehen lassen,

dass sie von CO₂-freien Kraftwerken reden und CO₂-Schleudern bauen. Als Konsequenz fordern wir ein, dass zukünftige Kraftwerke CO₂-frei sein müssen. Kraftwerke, die jetzt schon gebaut werden, müssen nachgerüstet werden; dies muss bei der Genehmigung neuer Kraftwerke eingefordert werden. Wir gehen davon aus, dass es dann wirtschaftlicher sein wird, Erneuerbare-Energien-Anlagen zu errichten. So können wir verhindern, dass die CO₂-Schleudern auf Jahrzehnte hinweg das Klima anheizen.

Einsparung kann nicht der Ersatz für die Umstellung auf Erneuerbare Energien sein

Wer als entscheidende Strategie aber im Wesentlichen auf Energieeinsparungen unter Akzeptanz der weiteren Nutzung, oder gar des neuen Ausbaus von fossilen Energieanlagen setzt, wird das Klimaproblem nicht lösen. Auch weniger Emissionen bedeuten letztlich eine zusätzliche Belastung der Atmosphäre, die heute schon eine zu hohe Klimagaskonzentration aufweist. Das ist nicht verantwortbar.

Statt fossile und atomare Energiegewinnung durch neue effizientere fossile Kraftwerke, Heizungen, Autos zu ersetzen, müssen wir dafür sorgen, dass neue Investitionen vollständig auf Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe in der Chemie gelenkt werden.

Jegliche Verbrauchsreduktion im Energienutzerverhalten wird die Umstellung auf Erneuerbare Energien beschleunigen und ist deshalb die entscheidende Begleitstrategie für die Umstellung auf Erneuerbare Energien - aber nicht Ersatz dafür.

So ist es aus Gründen des Klimaschutzes ein Fehler, alte fossile Anlagen durch effizientere fossile Anlagen zu ersetzen. Ein solches Investment zementiert für Jahre und Jahrzehnte weitere hohe Emissionen an Klimagasen und führt zur weiteren Anreicherung in der Atmosphäre. So bläst bei-

spielsweise ein neues modernes Kohlekraftwerk in fünf Tagen die gleiche CO₂-Menge in die Luft, die ein altes in vier Tagen schaffte, bzw. wird zukünftig mit effizienteren Kohlekraftwerken die Atmosphäre in 50 Jahren mit der Menge CO₂ belastet, wie heute in 40 Jahren! Was ist daran Klimaschutz? Doch ist es schon heute möglich, Kohlekraftwerke kostengünstig durch einen Mix aus Erneuerbaren Energien zu ersetzen, womit die CO₂-Emissionen auf Null zurückgefahren werden können.

Im ostdeutschen Braunkohlrevier hat Vattenfall jetzt den Antrag auf den Aufschluss eines neuen Tagebaus gestellt. Bis zum Jahr 2050 soll in Welzow weiter Braunkohle abgebaut werden. Allein bei diesem einen Projekt geht es um Investitionen in Milliardenhöhe, die für den Umstieg auf Erneuerbare Energien fehlen. Der deutsche Kohlekonzern, die RAG, beginnt ebenfalls eine Offensive. Sie argumentiert, dass sich bei höheren Energiekosten auch die deutsche Steinkohle rentabel abbauen und vermarkten lässt. Auch die dafür benötigten Milliardenbeträge fehlen bei der Umsteuerung. Beide Beispiele zeigen zudem, dass Investitionen, die heute getätigt werden, enorme Folgekosten für die kommenden Jahrzehnte nach sich ziehen werden.

Aber wir müssen nicht nur betonen, dass ein Umbau des Energiesystems auf Erneuerbare Energien klimapolitisch notwendig und tatsächlich auch möglich ist. Wir müssen auch die weiteren politischen Vorteile herausstellen: Energieversorgungssicherheit, auch zukünftig bezahlbare und kalkulierbare Energiepreise, Frieden statt Kriege um Rohstoffe, regionale Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze - dies alles bieten Erneuerbare Energien. Daher ist die Akzeptanz in der Bevölkerung so hoch und Widerstände nur marginal.

Erneuerbare-Energien-Strategie verhindert Fehlinvestitionen

Wir stehen kurz vor dem Höhepunkt der globalen Ölproduktion. Auch der weltweite Höhepunkt der

Erdgasförderung wird in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten erreicht werden. Als Folge werden die Erdöl- und Ergaspreise immens steigen. Investitionen in Anlagen, die Erdöl und Erdgas verbrauchen, werden betriebswirtschaftlich immer unkalkulierbarer, je länger die Anlage in Betrieb bleiben soll und je aufwändiger eine mögliche Umrüstung auf nachhaltige Rohstoffe ist. Volkswirtschaftlich ist das Risiko noch gravierender. Ein vorsorgender Staat, der bereits heute betriebs- und volkswirtschaftliche Fehlinvestitionen vermeidet, handelt deutlich klüger als ein Staat, der darauf vertraut, dass Erdöl- und Erdgas weiterhin unbegrenzt und kostengünstig zur Verfügung steht und folglich auf einen Eingriff verzichtet.

Auch andere global gravierende Probleme packt die Umstellung auf Erneuerbare Energien an der Wurzel: Zunehmende Menschenrechtsverletzungen, Konflikte und Kriege um Ressourcen - vor allem um Erdöl und Erdgas. Hinzu kommen die Probleme der nuklearen Proliferation, des unethischen Bankeninvestments in Erdöl-, Erdgas- oder Kohleprojekte ohne ökologische und ethische Standards, der Korruption von Eliten, der Zementierung schwacher staatlicher Institutionen, schlechter Regierungsführung, sowie der Trinkwasserverunreinigung oder Trinkwasserverschwendung durch Bergbau, Kühlwassernutzung oder radioaktive Verunreinigungen. Erneuerbare Energien sind ein besonders wirksamer Beitrag zur Armutsbekämpfung und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Konsequente Klimaschutzlösungen finden hohe gesellschaftliche Akzeptanz - jedoch nicht bei den Energie- oder Chemiekonzernen.

Somit ist klar: Eine radikale Klimaschutzstrategie, die nur auf Erneuerbare Energien unter Verbesserung der Energieeinsparungsmöglichkeiten setzt, wird hohe Akzeptanz finden. Wir müssen diese Politik in die gesamte Breite der Gesellschaft und speziell gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern klar kommunizieren. Noch einmal: Es geht weder um Verzicht noch um steigende Energieprei-

se. Es geht für den Verbraucher um eine andere Energieerzeugung, die langfristig wesentlich krisensicherer ist - und damit schon mittelfristig deutlich preiswerter sein wird.

Aber nicht die gesamte Gesellschaft wird sich mit der Umstellung auf Erneuerbare Energien anfreunden. Denn es gibt auch klare Verlierer: die Konzerne, die ihr Geschäft mit der Produktion und dem Verkauf nicht-erneuerbarer Energien machen. Stromkonzerne, Kohle-, Mineralöl-, Erdgas- und Atomkonzerne verlieren ihre Basis. Sie werden dank ihrer exorbitanten Gewinne gegen uns mobil machen. Wenn der Vattenfall-Vorstandsvorsitzende Rauscher mit einem Investitionsstopp droht, dann zeigt dies, wie die Konzerne versuchen werden, ganze Regionen in Geiselhaft zu nehmen. Vattenfall, RWE, E.ON und EnBW - alle gründen ihr Geschäft auf der Zerstörung des Klimas oder radioaktiver Bedrohung. Sie alle - auch die Arals, Essos, Shells und Gazproms - machen immense Gewinne und wollen ihr Geschäft weiter aufrechterhalten. Sie alle streuen Desinformationen und sogar Falschinformationen über die Möglichkeiten der Erneuerbaren Energien. Das ist gefährlich, weil ein Teil der Öffentlichkeit, leider auch manche Journalisten und Medienmacher, diese Desinformationen oftmals ungeprüft und unhinterfragt übernehmen. Daraus kann sich eine wirkliche Gefahr entwickeln, für eine allen Notwendigkeiten folgende Klimaschutz- und Umweltpolitik, denn die Verursacher und Verteidiger des klimazerstörenden Wirtschaftens verfügen über erhebliche Geldmengen, um ihre Lobbyarbeit erfolgreich wirken zu lassen und damit auch über einen privilegierten Zugang zur Politik. Diese Bedrohung muss für die Umsetzung einer erfolgreichen und wirksamen Klimaschutzpolitik beachtet werden.

Konsequente Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz

Wie sehen nun weitergehende politische Maßnahmen aus, die eine wirksame und erfolgreiche Klimaschutzpolitik in Gang setzen können?

Natürlich sind in den Vorschlägen auch solche enthalten, die schon lange auf der grünen Agenda sind. Zum Teil sind sie bereits erfolgreich umgesetzt und dennoch weiterentwicklungsfähig, wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), oder sie sind neu zu schaffen, wie ein Wärmegesetz. Wichtig ist vor allem, dass wir Grüne auch neue, bisher im politischen Raum nicht oder wenig artikulierte Maßnahmen vorschlagen - orientiert an den Notwendigkeiten gegen die dramatische Klimazerstörung. Wohlgermerkt, die aufgelisteten Maßnahmen sind keine fertige Strategie für eine Nullemissionspolitik. Sie sind nur erste z.T. neue Vorschläge, denen in einer Vertiefung einer Nullemissionsstrategie viele weitere Maßnahmen folgen müssen.

Erforderliche Maßnahmen:

- Verbesserung von bereits bestehenden Instrumenten:
EEG, Biokraftstoffgesetz mit langfristiger Anreizwirkung, Ökosteuer u.a.
- Umsetzung von bekannten, noch nicht umgesetzten Forderungen, beispielhaft:
Wärmegesetz für Erneuerbare Energien, Top-Runner-Regelungen für Energieeffizienz, City-Maut etc.
- Streichung ökologisch schädlicher Subventionen (Kohle, Flugbenzin, Schiffdiesel, Erdgas, Atomrückstellungen u.a.).
- Abbau administrativer Hemmnisse gegen Erneuerbare Energien, z.B. in Baugesetzen unter Berücksichtigung von Naturschutzbedürfnissen.
- Wirksame ordnungspolitische Maßnahmen zur Vorbeugung von Fehlinvestitionen. Dazu gehört, dass schon im nächsten Jahrzehnt Erdölheizungen nicht mehr installiert werden dürfen. Dies muss zunächst für den Neubau gelten, bald auch für den Ersatzbedarf im Altbau. Es ist bereits absehbar, dass diese Maßnahme einige Jahre später auch für Erdgasheizungen gelten muss. Schon aus Gründen des Verbraucherschutzes vor immer weiter steigenden Erdöl- und Erdgaspreisen ist ein solcher vorsorglicher Eingriff des Staates erforderlich. Ein Umstieg auf Pflanzenöl- und Biogasheizungen muss selbstverständlich möglich sein.
- Strenge ordnungsrechtliche Vorgaben beim Neubau von Kraftwerken: Neue fossile Kraftwerke dürfen nur noch gebaut werden, wenn sie kein CO₂ mehr ausstoßen. Für Kraftwerke, die in Planung oder bereits im Bau sind, muss vorgeschrieben werden, dass sie eine CO₂-Sequestrierung nachrüsten. Die Betriebsgenehmigung sollte spätestens 2020 auslaufen, sollte bis dahin keine CO₂-Sequestrierung mit langfristig funktionierender CO₂ Lagerung nachgerüstet sein.
- Kohleverflüssigung für die Beschaffung von Treibstoffen muss schlichtweg verboten werden, da sie in extrem hohem Maße die Klimazerstörung anheizt, wenn sie großflächig eingesetzt würde.
- Maßnahmen zur Reduktion der Kohlenstoffkonzentration in der Atmosphäre, z.B. Strategie für Humusaufbau in der Welt, Aufforstungsprogramme.
- Überdenken der bislang höchst ineffizienten und ineffektiven Emissionshandelspolitik.
- Schaffung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses, in das sich die Bürger vielfältig einbringen können. Dazu zählt auch eine breite Beteiligung in der Erstellung neuer Konzepte. Der Wikipedia-Ansatz als Internetplattform könnte auch für Erneuerbare Energien vielfältig genutzt werden.
- Forcierung einer europäischen Biogasstrategie, durch die in hohem Maße Erdgas durch Biogas europaweit ersetzt werden kann.
- Etablierung einer europäisch-nordafrikanischen Energiepartnerschaft, in deren Rahmen bis 2020 5% des europäischen Strombedarfs durch regenerative Energieträger in der deutschen Stromversorgung ersetzt werden.
- Auflegung eines umfassenden Forschungs-, Entwicklungs-, und Markteinführungsprogramms für die Batterieforschung, damit hocheffiziente Elektrofahrzeuge sehr schnell in großem Maße Erdöl einsparen können und zudem der Entwicklungsvorsprung japanischer und amerikanischer Firmen eingeholt werden kann. Anstatt unzählige irrlichternde so genannte

- „Leuchttürme“ in Form von Demonstrationsprojekten bei der Wasserstoffforschung in die Republik zu stellen, sollten die Forschungsmittel in die – solare – Elektromobilität investiert werden.
- Vorbildfunktion der öffentlichen Hand:
 - Alle Beschaffungsmaßnahmen der öffentlichen Hand müssen auf Klimaschutzmaßnahmen umgestellt werden. So ähnlich hatte es bereits Wim Kok in seinem Bericht im Jahre 2003 an die EU-Kommission als wichtige Maßnahme zur Erreichung der Lissabon-Ziele gefordert - leider vergeblich.
 - Mögliche Maßnahmen sind beispielsweise in Naturschutzgebieten die Umstellung auf Nullemissionsverkehr: Elektro- und Solarboote, die keine Seen mehr mit Erdöl verschmutzen können, sowie Elektrofahräder, Elektroscooter und Solarmobile für den notwendigen touristischen und Versorgungsverkehr.
 - Auch Politiker, Manager, Journalisten, u.a. herausragende Personen des öffentlichen Lebens sind in ihrer Vorbildfunktion gefordert, in ihrem eigenen persönlichen Wirkungskreis weitgehend emissionsfrei zu handeln.
 - Etablierung von behördlichem Klimaschutz auf allen Ebenen:
 - Eine internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA), als Regierungsorganisation nach dem Vorbild der Internationalen Atomenergiebehörde.
 - Eine nationale Klimaschutzbehörde für alle Ebenen. Ähnlich wie die Naturschutzbehörden für Naturschutzbelange müssen die Klimaschutzbehörden öffentliche und private Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit für den Klimaschutz überprüfen.
 - Umfassende Bildungsoffensive:

Vom Kindergarten über Schulen und Universitäten bis zur Erwachsenenbildung müssen Schwerpunkte der Wissensvermittlung über technologische Grundlagen und die Notwendigkeiten von Klimaschutzmaßnahmen vermittelt werden. Der begonnene, aber leider noch zögerliche Ausbau einer offenen Universität für Erneuerbare Energien (OPURE) muss zügig vorangetrieben werden.

 - Entwicklung von Vergütungskonzepten, Regulierungs- und Fördermaßnahmen, die Anlagenbetreibern für die vorrangige Aufnahme Erneuerbarer Energien ins Strom- und Gasnetz einen Anreiz bietet.
 - Entwicklung von umfassenden Politikstrategien, die darauf hinwirken, dass Investment im Energie- und Chemiesektor nur noch in Erneuerbare Energien, erneuerbare Rohstoffe und Einsparungen getätigt wird. Es muss eine Politikstrategie geben, die Investment in fossile und atomare Energien, sowie fossile Chemie überflüssig macht. Beispielhaft muss bis 2010 die Weltbank aus der Förderung fossiler Energie und Atomkraft aussteigen, so wie es der Salim-Bericht „Extractive Industries Review“ (2003) bereits vorgeschlagen hat. Die Weltbank muss umfassende Programme zur Verbesserung der Marktchancen von Erneuerbaren Energien auflegen und dabei vor allem deren Ausbau in ländlichen Regionen fördern.
 - Die erschreckenden Folgen der Öl- und Erdgasförderung dürfen nicht länger ignoriert werden. Sie fördern Korruption und die Bildung abgehobener Eliten, verhindern demokratische Strukturen und führen zum Zerfall ganzer Staaten. Eine nachhaltige Klimaschutzpolitik wird es in diesen Staaten auf lange Zeit nicht geben. Auch deshalb dürfen Grüne nicht schweigen zu Korruption, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung - gerade in Ländern wie Russland und Kasachstan, aus denen ein Großteil unseres Erdöls und Erdgases kommt. Die Führung eines Kontos des turkmenischen Diktators Saparmurat Nijasow durch die Deutsche Bank darf nicht akzeptiert werden. Initiativen wie "Publish What You Pay" und "Extractive Industries Initiative" (EITI) fordern Standards ein. Diese Initiativen müssen gestützt und ausgeweitet werden. Investitionen durch Banken, Investment- und Pensionsfonds müssen auf ihre Klimaschutzfunktion überprüft werden.

Dazu bedarf es internationaler Politikstrategien, damit Investitionen in fossile und atomare Energiegewinnung sowie fossile Chemie ersetzt und überflüssig gemacht werden können.

- Deutschland als einer der Hauptverursacher des Klimawandels steht in der Verantwortung, Schwellenländer beim Übergang in eine Ressourcen schonende Volkswirtschaft zu unterstützen. Hier kommt der Entwicklungszusammenarbeit eine Schlüsselrolle zu. Die deutsche bilaterale sowie die Entwicklungszusammenarbeit der EU müssen die Begrenzung des Klimawandels zu ihrem wichtigsten Schwerpunkt machen. Deutschland soll sich dafür einsetzen, dass der globale Umweltfonds Global Environmental Facility (GEF) mit beträchtlich höheren Klimaschutzmitteln ausgestattet wird.
- Der Entwicklungsetat muss im Klimaschutzbereich dementsprechend wesentlich aufgestockt werden. Damit könnte Deutschland das Ziel, 0,7% seines Nationalprodukts für staatliche Entwicklungsfinanzierung aufzubringen, doch noch in naher Zukunft erreichen. Folgende Quellen zur Ausfinanzierung des Klimaschutzetats in der Entwicklungszusammenarbeit sind unbedingt zu erschließen: Aufhebung der Kerosinsteuerbefreiung des Luftverkehrs; Teilversteigerung der CO₂-Verschmutzungsrechte nach dem Nationalen Allokationsplan (NAP); Teilnutzung der gestiegenen Einnahmen im Bundeshaushalt

Wir haben viel zu tun, um all diese Maßnahmen in die Köpfe zu bekommen. Doch wie ganz oben gesagt: Nur wenn wir eine konsequente Klimaschutzpolitik angehen, sind wir im Natur- und Umweltschutz noch glaubwürdig. Dank des Films und Buches von Al Gore und vielen anderen Publikationen müssen wir nicht mehr darüber sprechen, dass der Klimawandel existent und gravierend ist. Dies ist common sense. Doch auch Al Gore hat in seinem Film genauso wie in seiner Zeit als Vizepräsident der USA kaum wirksame Lösungen vorgeschlagen, geschweige denn durchgesetzt.

Deutschland kommt jetzt während der G8- und EU-Ratspräsidentschaft 2007 eine Führungsrolle bei der Eindämmung des globalen Klimawandels zu. Deutschland muss als umweltpolitischer Vorreiter national wie international mit ambitionierten Zielen und entschlossenen Maßnahmen vorangehen. Nur so wahren wir die Chance, das in den Worten Sir David Kings, wissenschaftlicher Chefberater der britischen Regierung, „größte Problem, mit dem unsere Zivilisation je konfrontiert war“ überhaupt noch in den Griff zu bekommen. Der jüngst von der britischen Regierung veröffentlichte Stern-Bericht belegt diese Einschätzung auch aus ökonomischer Sicht nochmals sehr eindringlich.

Umso mehr müssen wir Grüne jetzt über die Lösung des Problems reden. Mit einer klaren, konsequenten Politik, orientiert an naturwissenschaftlich Notwendigen, müssen wir den Klimawandel bekämpfen. Nur mit konsequenter Umweltpolitik, orientiert an Nullemissionstechnologien können wir Grüne unser Alleinstellungsmerkmal auch in der Umweltpolitik erhalten. Dann sind wir Grüne auch in den nächsten Jahren die treibende politische Kraft und Motor für die notwendigen Reformen in Deutschland. Und ein Vorbild für viele andere Grüne Parteien und Gruppierungen auf der Welt.

Hans-Josef Fell, MdB, ist Vizepräsident von EUROSOLAR sowie forschungs- und energiepolitischer Sprecher der Fraktion von Bündnis '90/Die Grünen im Deutschen Bundestag.

Sylvia Kottling-Uhl, MdB, ist umweltpolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis '90/Die Grünen im Deutschen Bundestag.

Ute Koczy, MdB, ist entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis '90/Die Grünen im Deutschen Bundestag.